

# Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

## FILZLÄUSE DER DEMOKRATIE

Warum die wahrhaft einflussreichen Organisationen der Welt mit Demokratie nichts am Hut haben.

[Matthias Müller]

Sie sind überall. Ja, tatsächlich gibt es wohl kein einziges Medienereignis, keine Nachricht in den Zeitungen, kein Gesetz, keine Verordnung, keine politische Agenda, kein Wahlprogramm, keine öffentliche Investition, tatsächlich keine einzige Bewegung der so genannten „öffentlichen Hand“ in den letzten Jahren – und das sowohl in Deutschland, der EU als auch und insbesondere weltweit – ohne dass die eine oder andere von ihnen ihre Finger im Spiel gehabt hätte. Alles, was irgendein Politiker in irgendeiner Form in der „Westlichen Wertegemeinschaft“ sagt, tut oder unterlässt, ist auf die eine oder andere Art das Ergebnis ihrer Arbeit.

Ihre Namen sind nicht geheim. Man kennt viele von Ihnen. Manche sind groß und mächtig, andere eher klein und unscheinbar. Sie heißen WHO und WEF, Bill & Melinda Gates Foundation, Open Society Foundation, Ford Foundation, Rockefeller Foundation, GAVI oder CEPI, Atlantikbrücke, Chatham House, Fabian Society, Council on Foreign Relations, Bilderberger, Round Table, Club of Rome, IPCC, WWF, Greenpeace, Allianz für Klimagerechtigkeit, Forschungsstelle für Nachhaltigkeit und Klimapolitik, Deutsche Klimastiftung, Deutsches Klimarechenzentrum, PRI01, Stiftung 2 Grad, Klima-Allianz Deutschland, GermanZero, BUND, Deutsche Um-

welthilfe, Carbon Disclosure Project, Climate Action Network, Earth Institute, National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), World Meteorological Organisation (WMO), Ärzte Ohne Grenzen, Deutsches Rotes Kreuz, Ban Ki-Moon Centre for Global Citizens, Amnesty International, World Vision, Water Integrity Network, 350.org, Center for Economic and Social Rights, Human Rights Watch, Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, International Justice Mission, International Rescue Committee, Internationale Liga für Menschenrechte, Der Rote Halbmond, Internationaler Gewerkschaftsbund, Ocean Care, Oxfam, Reporter ohne Grenzen, Sea Shepherd, Terre des Hommes, Transparency International, Agora Energiewende, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), International Fact Checking Network, CORRECTIV, RAND Corporation, blablabla. Dies ist nur ein winziger, winziger Auszug. Eine vollständige Erfassung aller Namen einschließlich einer Beschreibung ihrer Tätigkeiten, Vernetzungen und Verflechtungen, sowie ihrer (und das wäre sicher besonders spannend) Geldgeber wäre ein zwar höchst spannendes, aber vermutlich hoffnungsloses Unterfangen. Die Liste ist wahrlich endlos. Google spuckt sehr gerne eine ganze Litanei an Namen aus, wenn man es lieb bittet.

Die Rede ist von den so genannten „NGOs“.

Was sind NGOs? NGO ist ein Oberbegriff für das, was die Abkürzung explizit ausdrückt: es sind Non Governmental Organizations, also Organisationen, die kein offizielles Regierungsorgan sind. NGO steht dabei als Sammelbegriff für eine ganze Palette an Organisationsformen, Gesellschaften, Körperschaften, Institute, Vereine und Verbände mit unterschiedlichen Rechtsformen, Zielen und Aufgaben, bei denen sich jedoch bestimmte Formen als praktisch und effizient herausgestellt haben. Sehr häufig treten NGOs in Form von Stiftungen auf. Ein Geheimdienst zum Beispiel, oder eine Behörde, sind normale Regierungsorgane. Eine Stiftung, ein Institut oder ein Beratungsunternehmen sind dies nicht, es sind Nicht-Regierungs-Organisationen, kurz NGOs. Auch die UNO ist genau genommen eine NGO, ebenso wie die WHO, die NATO oder BRICS, denn keine dieser Organisationen sind offizielle Organe einer bestimmten Regierung – wohlgermerkt offiziell. Nimmt man es ganz genau, ist wohl auch die EU eine NGO, die ihre ziemlich unansehnlichen, totalitaristischen Problemzonen geschickt mit einem hauchdünnen demokratischen Negligé kaschiert. Man gibt dem Bürger die Illusion der Kontrolle, indem er das „Europaparlament“ wählen

darf, tatsächlich beeinflussen kann dieses gewählte Parlament mit Sitz in Luxemburg (nicht in Brüssel, wohlgermerkt) aber so gut wie nichts. Die Politik und die Gesetze macht die EU-Kommission. Das ist die eigentliche Regierung Europas, und die wird eben nicht demokratisch gewählt. Ursula von der Leyen stand niemals zur Wahl, dennoch regiert sie. Wir kommen ein andermal darauf zurück.

Bereits bei den Mega-NGOs wie NATO oder UNO zeigt sich die wesensimmanente Problematik dieser Organisationen: sie haben mittlerweile eine derart mächtige Präsenz auf dem Globus entfaltet, dass man ihre Existenz selbst theoretisch kaum noch infrage zu stellen vermag. Sie stehen weit außerhalb jedweder demokratischen Legitimation und nehmen dennoch für sich in Anspruch, als operative Zentren der westlichen Demokratien wahrgenommen zu werden – und fordern als solche auch ihre autoritären Machtbefugnisse ein. Witzigerweise fällt dieser eklatante Widerspruch den selbst ernannten Demokratiewächtern nicht auf, dies nur nebenbei. Unser Thema sind heute nicht die Organisationen wie UN, NATO oder EU, sondern es soll um die rein privaten NGOs gehen. Auch und insbesondere sie spielen heutzutage eine enorm wichtige Rolle in der westlichen Politik. Über die vergangenen Jahrzehnte

# Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

sind sie wie Pilze aus dem Boden geschossen und haben ihre Fäden in die Regierungen und Regierungsbehörden gesponnen. Sie arbeiten als Berater, Dienstleister oder Lobbyorganisation entweder den Regierungen bzw. den Medien zu oder erhalten direkte Aufträge von ihnen. Über die Jahre ist durch diese Arbeitsweise ein nahezu undurchdringlicher Filz von gegenseitigen Kooperationen und Verbindungen entstanden, der sich völlig von den demokratischen Grundprinzipien der Gesellschaft abgekoppelt hat.

Vielleicht sollten wir versuchen, den Nährboden, das Substrat, auf dem die NGOs so prachtvoll gedeihen, näher zu betrachten. Warum existieren sie und was macht sie zu solch effizienten Werkzeugen zur Manipulation der westlichen Demokratien, samt ihrer Gesellschaften?

NGOs existieren, weil sie funktionieren und weil sie die Bedürfnisse der Regierungen, mit denen sie zusammen arbeiten, erfüllen. Tatsächlich ist die Gründung von NGOs eine sehr alte und extrem häufig angewandte Management- und Kommunikationstechnik. Schon als ich als junger Unternehmensberater für strategisches Marketing, PR und Kommunikation vor über 25 Jahren durch die Lande zog, gehörte die Gründung oder finanzielle Kaperung von geeigneten NGOs zum Standardrepertoire der PR Branche. Wollte ein Pharmaunternehmen beispielsweise ein Nahrungsergänzungsmittel auf den Markt bringen, so war die Strategie, dass das Unternehmen die Vorzüge seines Produktes nicht selbst durch anpreisen würde – stattdessen würde man entweder ein „Institut“ gründen, in dem „Forschung“ für „gesunde Ernährung“ betrieben werden würde. Als Leiter des Institutes würde man irgendeinen „Wissenschaftler“ anheuern, der über einen gu-

ten Ruf sowie ein großes Interesse an einem guten Einkommen haben sollte. Dieses „Institut“ unter der Leitung des betreffenden Prof. Dr. Dr. XY würde dann die Medien, Apotheken und Mediziner mit entsprechenden „Studien“ versorgen, so dass das Produkt guten Absatz finden würde, weil sich unter allen relevanten Experten ein „Konsens“ gebildet hätte, dass es richtig und wichtig ist. Rein technisch ist die Gründung eines solchen Institutes oder einer vergleichbaren Organisation für ein großes Unternehmen ein Kinderspiel. Beinahe noch einfacher ist es, bestehende Institute, die genau das bereits tun, mit finanziellen Zuwendungen zu überschütten und sich so ihrer Kooperation zu versichern. Nichts davon ist illegal.

Vor allem aus rechtlicher und finanzieller Sicht sind NGOs ein kluges und extrem nützliches strategisches Instrument, ganz besonders in den so genannten „Demokratien“. Regierungen in formalen Demokratien haben mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen. Das erste Problem sind die eigenen Gesetze. Formale Demokratien legen sich selbst gewisse Rechenschafts- und Transparenzpflichten auf. Dies führt dazu, dass eine Regierungsbehörde, ein Ministerium oder ein Regierungsmitglied stets mit dem Risiko leben muss, vor Journalisten, dem Parlament, der Opposition oder einem gewöhnlichen Bürger Rechenschaft über ihr Tun und Walten abgeben zu müssen. Es ist sehr schwierig und risikoreich, berechtigte Anfragen abzuwehren oder gar wissentlich falsch zu beantworten, da die Gesetze in den formalen Demokratien den genannten Interessengruppen ein durchaus schlagkräftiges Arsenal an Rechtsmitteln zur Verfügung stellen, ihr Auskunftersuchen durchzusetzen. Zudem arbeiten in Regierungsorganen in der Regel Beamte. Diese Spezies ist

naturgemäß „anders“. Wenn es darum geht, schnell, unkompliziert und eventuell sogar kreativ an bestimmte Ziele zu gelangen, sind Beamte kaum die richtigen Teammates. Verfolgt eine Regierung also politische Ziele, zu deren Umsetzung Maßnahmen erforderlich sind, die man aus diversen Gründen lieber nicht in der Öffentlichkeit und oder vor der Opposition diskutieren möchte oder bei denen man rasche Resultate benötigt, so bieten sich hier die Dienste einer entsprechenden NGO an.

Es ist an dieser Stelle nicht einmal nötig, böartige, sinistre Motive als Beispiel zu konstruieren. Die Problematik zeigt sich bereits an sehr viel harmloseren, alltäglichen Fragen der praktischen Amtsführung. So könnte ein Minister für eine geplante Gesetzesinitiative Informationen benötigen, die er aus Bürgerdaten herausdestillieren müsste. Nun ist jedoch nicht zweifelsfrei gesichert, dass er dies auch darf. Eine Rückfrage beim Datenschutzbeauftragten bringt eher noch mehr Unsicherheit und Bedenkenträgerei als Klarheit. Im Zweifel würde er sich die Daten trotzdem besorgen, aber bei der nächsten Großen Anfrage der Opposition, die sein schönes Gesetz kippen will, darüber eventuell Rechenschaft ablegen müssen. Kleinste Verfahrensfehler könnten damit das gesamte Vorhaben ins Abseits schießen. Viel einfacher ist es doch da, die Ermittlung der Entscheidungsgrundlagen für sein Gesetz einem darauf spezialisierten Institut aufzutragen. Woher dieses Institut seine Daten hat, muss den Minister nicht interessieren – und, noch viel wichtiger: die NGO untersteht nicht denselben Auskunfts- und Rechenschaftspflichten. Kritische Fragen können mit dem Verweis auf Geschäftsgeheimnisse (oder noch besser, welch Ironie, dem „Datenschutz“) einfach, schnell

und dauerhaft abgewürgt werden. NGOs dienen in diesem Zusammenhang also sehr oft dazu, für Regierungen schnell und unkompliziert Aufträge zu erledigen, die, nun ja... sagen wir einfach: rechtlich und bürokratisch etwas sperrig zu handhaben wären. Diese Art von NGOs sind sehr häufig Institute, Beratungsunternehmen und „Thinktanks“ die entweder von Personen aus dem engsten Umfeld der Minister selbst gegründet, oder aber von interessierten Gruppierungen ins Leben gerufen werden, mit dem Ziel sich gezielt den Regierenden anzudienen, um auf diesem Weg Geld zu verdienen und nebenbei auch politischen Einfluss auszuüben. Beides ist üblich, ganz besonders in der EU. Der Journalist János Alenbach-Ammann wies beispielsweise in seinem Artikel für Table Media nach, dass unter Ursula von der Leyen der Zugang von NGOs zu den EU Kommissaren und Kabinettsmitgliedern massiv erweitert wurde. Sie bekamen dadurch die Gelegenheit, die EU-Politik aktiv mitzugestalten.

Ein weiterer Vorteil für die Politik, der durch die Zusammenarbeit mit NGOs entsteht, ist, dass sich der betreffende Politiker auf die Aussagen von „Experten“ berufen und seiner Agenda damit zusätzliches Gewicht verleihen kann. Wie wir aus der Covid-Inszenierung noch sehr lebendig vor Augen haben und durch die frei geklagten, entschwärtzten RKI-Protokolle schwarz auf weiß nachlesen können, spielen sich Regierung und externe „wissenschaftliche“ Berater dabei gegenseitig die Bälle zu. Den Maßnahmen, die die Regierung gerne veranlassen möchte, verschaffen die „Experten“ den nötigen „wissenschaftlichen“ Unterbau und damit sachliche Legitimation – gleichzeitig erhalten die „Experten“ ihre Legitimation durch die Tatsache „die Regierung zu beraten“. Man referenziert sich

# Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

gegenseitig und schafft damit eine höchst fruchtbare Win-Win-Situation. Zudem fließt natürlich Geld in Form von „Forschungsaufträgen“ oder „Förderungen“.

Diese Gepflogenheiten sind mittlerweile ein dermaßen selbstverständlicher Teil der täglichen Regierungspraxis, dass sich niemand mehr große Gedanken darüber macht. Als verstärkender Faktor kommt der finanzielle Aspekt hinzu. Alle Institute, Beraterorganisationen, Denkfabriken und Initiativen brauchen ständig Geld. Sie müssen sich und ihre Infrastruktur am Leben erhalten und ihre eigenen Ziele voran treiben. Das führt dazu, dass, sobald der Markt die Ziele und Agenden der Mächtigen identifiziert hat, sich unmittelbar ein Ökosystem von alteingesessenen wie auch spontan neu gegründeten NGOs entwickelt, aus dem heraus man sich mit eigens erstellten „Studien“, „Gutachten“, „Work Papers“ oder „Zukunftssymposien“ als Partner der Regierung andient und sich durch vorausseilenden Gehorsam für zukünftige Kooperationen empfiehlt. Man möchte ein möglichst saftiges Stück „vom Kuchen“ abhaben. Man buhlt um Geld und Anerkennung. Liefert man den Regierenden die Daten, Narrative und Strategien, die sie zum Ausbau ihrer Macht und zur Erreichung ihrer politischen Ziele benötigen, kommt beides wie von selbst. Auf der Internetseite des Deutschen Bundestages ist beispielsweise nachzulesen, dass der Haushaltsentwurf für 2024 alleine die finanzielle Unterstützung von rund 530 in Deutschland ansässigen NGOs vorsah. Die Bundeszentrale für politische Bildung hingegen veröffentlicht (zu finden auf ihrem Internetportal) eine Statistik, die über die Entwicklung von NGOs weltweit Auskunft gibt. Demnach hat sich die Zahl der von westlichen Regierungen unterstützten und finanzierten NGOs

seit den 80er Jahren mehr als verdoppelt. Heute stehen weit mehr als 10.000 Organisationen auf den Gehaltslisten der Politik.

Zudem sind NGOs für regierende Politiker eine sehr gute Möglichkeit, ihren Einfluss auf die Realpolitik über die Legislaturperiode hinaus zu verstetigen. Indem sie im Laufe der Legislaturperiode enge, möglicherweise auch langfristige, strategische Partnerschaften ihrer Ministerien mit externen NGOs begründen und diese Organisationen möglichst üppig alimentieren, sichern sie sich faktischen Einfluss, der auch nach ihrer eventuellen Abwahl ein Wirkverstärker für ihre Agenden bleibt. Ein in Deutschland besonders prominentes Beispiel für diese Methode ist die Agora Energiewende GmbH, deren Machenschaften im Rahmen des Vaternwirtschaftsskandals rund um Minister Habeck bekannt geworden sind. Tatsächlich ist die Denkfabrik Agora Energiewende keine Unbekannte. Seit mehr als zehn Jahren beeinflusst das Netzwerk die Politik in Deutschland. Ge-gründet wurde sie 2012 von dem Grünen-Politiker Rainer Baake. Ihr Ziel: Die Gesellschaft klimaneutral zu gestalten. Ihr Aufstieg beginnt umgehend, erst recht als Baake überraschend ein Jahr später vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zum Staatssekretär berufen wird. Seinen Chefposten bei Agora übernimmt: Patrick Graichen. Er gilt bereits damals als Ziehsohn von Baake, der ihn viele Jahre zuvor über den Umweltminister Jürgen Trittin kennengelernt hatte.

Im Wirtschaftsministerium konnte Baake deutliche Spuren hinterlassen. So soll er klimabewegte Beamte eingestellt haben und seine Hauptziele erfolgreich vorangetrieben haben: den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Atomausstieg. Der heute

67-jährige Volkswirt, so berichtet es jetzt der Spiegel, habe schon damals klare Vorstellungen davon gehabt, wie die Energiewende vollzogen werden müsste: mit der Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft von fossilen Brennstoffen auf Ökostrom. Dazu zählten nicht nur Autos, sondern auch Wärmepumpen und industrielle Prozesse, heißt es weiter in dem Bericht. Eine Blaupause für spätere Jahre also? Gut möglich, doch Baake bleibt nicht viel Zeit. Denn mit dem Wechsel an der Ministeriumsspitze auf Peter Altmaier (CDU) gerät sein Ansatz ins Stocken. Die neu eingestellten Beamten bleiben, doch Baake zieht sich zurück - und arbeitet einige Jahre später wieder im Agora-Netzwerk. Zusammen mit Graichen liefert er Papiere zur Umgestaltung auf die Klimaneutrale Gesellschaft, vor allem auch an die Grünen, die es bei der Bundestagswahl 2021 dann in die Bundesregierung schaffen.

Graichen verlässt Agora und wird im Hause von Habeck neuer Staatssekretär. Wie viel Einfluss die Denkfabrik auf den Koalitionsvertrag genommen hat, bleibt Spekulation. Die Verbindung in die Politik ist aber intensiv. Laut einem Bericht des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND) gehen Politiker aus allen Parteien und Ministerien bei der Lobbyorganisation ein und aus. Teilweise sitzen sie auch im „Rat der Agora“ zusammen. Die Denkfabrik ist dabei nicht nur bestens vernetzt, sondern auch vorzüglich finanziert. Neben Zuschüssen aus deutschen Ministerien erhält die Organisation auch viele Spenden in Millionenhöhe. Die größten Geldgeber: Bernhard Lorentz, der ehemalige Chef der Mercator-Stiftung, und der US-Manager Hal Harvey, der seit drei Jahrzehnten Umwelt- und Klimaorganisationen auf der ganzen Welt mit Geld versorgt.

Ungewöhnlich ist das im Übrigen nicht. Bei der Agora handelt es sich qua Gründungsziel eher um einen grünen Lobbyverein. Doch ähnliche parteinahe Organisationen gibt es laut dem Spiegel auch bei CDU oder FDP. Bei der Union setzt man verstärkt auf den Think-tank Epico, der von Bernd Weber geleitet wird, einem Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU. Im Beirat sitzt Unionsfraktionsvize Andreas Jung. Auch diese Organisation erfreut sich privater Geldgeber, auch aus dem Ausland. Und im Umfeld der FDP agiert die 2014 gegründete Denkfabrik Prometheus von Ex-Abgeordneten Frank Schaeffler, ebenfalls finanziert mit inländischen und ausländischen Zuschüssen von dubiosen Spendern.

Viele NGOs entstehen somit als normale Marktreaktion auf den Bedarf der Regierenden an externer Expertise, sowie externer Legitimation für ihre jeweiligen Agenden. Andere NGOs arbeiten jedoch auch proaktiv.

Seitdem die Menschheit mittels staatsähnlicher Gebilde und Machtsysteme kontrolliert wird, gibt es Strategien von interessierten Gruppen, auf diese Systeme Einfluss zu nehmen und dafür zu sorgen, dass sich die Dinge so entwickeln, wie es von bestimmten Kreisen gewünscht ist. Als die erste „Demokratie“ das Licht der Welt erblickte, waren die ersten NGOs bereits als Geburtshelfer mit von der Partie. Die Demokratie als Staatsform war von Beginn an eine Herausforderung an die Kapital besitzende Klasse, dem Freiheits- und Mitgestaltungswillen des größtenteils mittellosen Volkes zwar eine vermeintlich glaubwürdige Projektionsfläche zu verschaffen, faktisch aber gleichzeitig die volle Kontrolle über die strategische Staatsführung zu behalten.

Die direkte, persönliche Einfluss-

# Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

nahme beispielsweise eines bestimmten Superreichen auf einen demokratisch gewählten Politiker ist jedoch zur Erreichung dieses Ziels aus vielerlei Gründen nicht sinnvoll. Es sind zu viele Unwägbarkeiten mit diesem Unterfangen verbunden, die Gefahr des Scheiterns ist zu hoch. Man möchte sich und seine persönlichen Motive nicht einer zunächst fremden Person offenbaren. Persönliche Einflussnahme ist plump und durchsichtig. Der persönliche Vorteil liegt zu offen sichtbar als Verhandlungsmasse auf dem Tisch. Zudem ist diese Methode schrecklich ineffizient. Wie viele Gespräche bräuchte es, um einen einzelnen Politiker für die Sache zu gewinnen, selbst wenn er ihr grundsätzlich zugetan wäre? Persönliche Einflussnahme ist etwas für erbärmliche Amateure.

Die Gründung einer NGO hingegen eröffnet eine unfassbare Bandbreite äußerst günstiger Möglichkeiten zur Beeinflussung und Manipulation nicht nur einzelner Politiker, sondern ganzer politischer Strömungen samt der Gesellschaft als Ganzes. Bereits die Gründung einer NGO ist ein kluger finanzstrategischer Schachzug. Wählt man die Form der gemeinnützigen Stiftung, so lassen sich, je nach Rechtslage im Gründungsstaat, beliebig große Geldsummen in die Stiftung verschieben, ohne zuvor Einkommens- oder Gewinnsteuern dafür entrichten zu müssen. Damit finanziert sich die NGO bereits von selbst. Damit aber nicht genug. Auch Zuwendungen in Form von Spenden anderer Mitstreiter müssen nicht versteuert werden, sofern die NGO das Siegel der Gemeinnützigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Und wenn es gelingt, die NGO besonders gut zu vermarkten und sie den Regierenden besonders eifrig Daten, Narrative und vielleicht sogar monetäre Wahlkampfunterstützung zukommen lässt, könnte

man sich im Nachgang die eigene Arbeit sogar vom Steuerzahler finanzieren lassen, indem man sich durch die Regierung alimentieren lässt.

Die Arbeit der großen, internationalen NGOs besteht nun darin, die niederen Interessen ihrer originären Gründer und Geldgeber so zu verpacken, dass daraus vor Pathos triefende, „philanthropische“ Erzählungen gestrickt werden. Aus verfassungswidrigen Eingriffen in die Menschen-, Freiheits- und Persönlichkeitsrechte wird „Schutz“, Krieg ist Frieden, Lüge ist Wahrheit und Wahrheit ist Lüge. Narrative bestimmen die Welt – nicht das Recht, nicht das Gesetz und auch nicht die Fakten. Narrative stehen über allem. Mit dem richtigen Narrativ lässt sich alles, buchstäblich alles Rechtfertigen. Und diese Narrative entstehen in den Manufakturen der NGOs. „Man tut ausschließlich „Gutes“, „fördert“ wichtige „Sachen“, „übernimmt Verantwortung“ für die „Gesundheit“, die „Gesellschaft“, die „Zukunft“ und den „Planeten“ sowieso.

Die große Stärke von üppig finanzierten NGOs wie beispielsweise George Soros' Open Society Foundation, Bill Gates' BMGF oder Pierre Omidyar's Omidyar Network ist ihre beeindruckende operative Schlagkraft mit globaler Reichweite, von der Regierungen nur träumen können. Das Stiftungskapital dieser NGOs beträgt zum Teil dreistellige Milliardenbeträge – eine prall gefüllte Kasse, mit der sich viel bewegen lässt. NGOs dieses Kalibers sind in der Lage, innerhalb weniger Wochen Dinge in Bewegung zu setzen, die eine demokratisch gewählte Regierung in zwei Legislaturperioden nicht annähernd auf die Kette bekommen würde. Das Geheimnis dieser Schlagkraft liegt einerseits in den extrem effizienten, nach unternehmerischem Vorbild organisier-

ten inneren Strukturen, der massiven internationalen Vernetzung mit Informanten, Partnern, Medien, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, anderen NGOs sowie Regierungen auf der ganzen Welt. Da diese großen NGOs seit Jahren mit Geld nur so um sich werfen, gibt es für sie keine verschlossenen Türen und keine unbeantworteten Anrufe. Wen immer man an seinem Besprechungstisch anzutreffen wünscht, der wird alles tun, um zum gewünschten Termin zu erscheinen. Man erreicht jeden beliebigen großen Entscheider auf dem Planeten zu nahezu jeder Tages- und Nachtzeit auf seiner Privatnummer. So bringt man Dinge ins Rollen.

Für ehrgeizige Politiker sind Kontakte zu solchen Menschen wie ein Rauschmittel. Sie bewundern ihren überwältigenden Gestaltungswillen, ihre beeindruckende Effizienz und ihre Leichtfüßigkeit, mit der sie sich auf dem globalen Parket bewegen. Sie umschwirren sie wie Bienen den Honigtopf. Politiker brauchen, um selbst erfolgreich sein zu können, Zugriff auf hochklassige Netzwerke und den erhalten sie, indem sie so oft wie möglich die Nähe zu den Personen suchen, die sich im Dunstkreis der großen NGOs bewegen.

Die großen NGOs wissen dies. Die gezielte Förderung von Politikern, die sich als engagiert und nützlich erwiesen haben, geschieht durch finanzielle Spenden an das Wahlkampfbüro oder die Partei, durch materielle oder immaterielle Unterstützung von Projekten, denen sich der jeweilige Politiker verschrieben hat, sowie durch aktive Einbindung in politische und wirtschaftliche Netzwerke, national wie auch international. Das Young Global Leader-Programm des WEF ist ein besonders starkes Beispiel für diese Art von Förderung. Auf diese Art und Weise ziehen sich die NGOs die

„richtigen“ Leute heran, die dann auf den Wahllisten in den jeweiligen Demokratien auftauchen. Bereits am ersten Programm 1992 nahmen später sehr bekannt gewordene Persönlichkeiten teil: wie Angela Merkel, Tony Blair, Nicolas Sarkozy, Manuel Barroso oder Bill Gates. In den folgenden Jahren kamen Hunderte hinzu, die nach und nach wichtige Positionen einnahmen: Emmanuel Macron, David Cameron, Sebastian Kurz, Annalena Baerbock, Mark Zuckerberg (Gründer von Facebook), Jacinda Ardern (Premierministerin von Neuseeland), Sanna Marin (Ministerpräsidentin von Finnland), Ida Auken (Ex-Umweltministerin von Dänemark), Kronprinz Haakon von Norwegen, Larry Page (Mitgründer von Google), Leonardo DiCaprio (Schauspieler), Niklas Zennström (Mitentwickler von Skype) und Jimmy Wales (Mitgründer von Wikipedia). Der Erfolg eines ehrgeizigen Politikers hat wahrscheinlich viele Väter – aber ohne sich am Licht der wichtigsten Fixsterne im NGO-Universum zu orientieren, ist die sichere Navigation durch die Untiefen einer westlichen Demokratie nahezu undenkbar.

Im Zusammenspiel zwischen großen, kapitalstarken Stiftungen, unzähligen mittleren und kleinen NGOs, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Medien, Regierungen und Politikern ist über die Jahrzehnte ein für Außenstehende schier undurchdringlicher Dschungel an Kooperationen, Verfilzungen und Seilschaften entstanden. Die Kapitalstärke der großen Stiftungen öffnet alle wichtigen Türen auf dem Planeten und herein treten die Narrative, die von den Betreibern dieser Netzwerke gewünscht sind. Politiker werden mit diesen Narrativen groß gezogen, die Agenden der goutierten Regierungen werden mit „wissenschaftlicher“ Legitimation unterfüttert, die sie von den passenden NGOs geliefert

# Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

bekommen. Die Medien kommen auch nicht zu kurz, auch ihnen stellen die NGOs Daten, Recherchen, Wissenschaft, Networking und letztlich auch Finanzmittel zur Verfügung, damit die Berichterstattung „auf Linie“ bleibt. Allein bei der BMGF Stiftung von William „Bill“ Gates wurden in den letzten Jahren Zuwendungen von weit über 300 Millionen Dollar an Mainstreammedien nachgewiesen, mit denen die gewünschte Berichterstattung über diverse Themen gesichert wurde. Da sich die meisten Menschen noch immer ihre Meinungen mithilfe der Konzernmedien bilden, stellt die Beeinflussung dieser Medien durch wenige globale Akteure eine unmittelbare Sabotage der demokratischen Ordnung dar. Diese Organisationen verfügen über die Mittel und die Möglichkeiten, das Denken, die Meinungen und damit die politische Gesinnung der Bevölkerung in jede gewünschte Richtung zu lenken – ohne, dass die Menschen auch nur eine leise Ahnung davon haben.

Zusammenfassend lässt sich das Wesen der NGOs auf einen einfachen Nenner bringen: sie existieren, weil sie praktische und effiziente Werkzeuge sowohl zum Nutzen der Superreichen wie auch der Regierungen sind. Sie liefern entweder im direkten Auftrag oder als unaufgeforderten, dennoch hoch willkommenen Impuls Daten, Studien, wissenschaftliche Legitimation, Narrative und Strategien, damit sowohl die Politik ihre eigenen operativen Probleme lösen und Agenden verfolgen kann, als auch die Interessen des Kapitals Eingang in die politischen Programme der Regierenden finden. Der operative Vorteil der NGOs ist ihre finanzielle Schlagkraft, ihre effiziente Organisation und ihre weltweite Vernetzung. Der strategische Vorteil von NGOs ist ihre Positionierung als „unabhängige

Experten“, als „Zentren der anerkannten Wissenschaft“ und als „Philanthropen“, aus der sie ihre Autorität schöpfen. Sie stärken ihre jeweilige Reputation, indem sie sich gegenseitig belobigen, auszeichnen und referenzieren. Sie beeinflussen nicht nur die Regierenden im Sinne ihrer eigenen Ideologien, sie erledigen bisweilen auch schmutzige Jobs für die Regierungen. Wenn es beispielsweise darum geht, irgendwo auf der Welt missliebige Regierungen zu stürzen oder Gesellschaftssysteme zu transformieren, so versichert man sich dazu der Dienste spezieller NGOs. Wenn in bestimmten Staaten urplötzlich „Graswurzelbewegungen“ entstehen und sich auf den Straßen unversehens eine bemerkenswert gut organisierte und finanziell bestens aufgestellte „Demokratiebewegung“ bildet, man mit griffigen Parolen zum „Widerstand“ gegen „Unterdrückung“ aufruft und den Regimechange „von unten“ betreibt, dann ist dies stets das Werk von NGOs. Stabile organische Graswurzelbewegungen gibt es nicht. Es gibt keine starke soziale Bewegung ohne eine starke Marketingstrategie dahinter. Wenn es in der Bevölkerung eines Staates zu größeren, vermeintlich demokratischen Bürgerbewegungen kommt, die eine gewisse inhaltliche Kohärenz und organisatorische Professionalität aufweisen, so verfügen diese grundsätzlich über mächtige Unterstützer, eine üppige Finanzierung und sie agieren nach einem dezidierten Playbook. Egal ob osteuropäische oder arabische „Farbrevolutionen“, Fridays For Future, Black Lives Matter oder Last Generation – keine dieser Bewegungen wäre ohne die finanzielle, organisatorische und logistische Unterstützung mächtiger NGOs jemals so entstanden. Große NGOs sind Macher. Und sie sind

unglaublich lukrativ. Ihre Finanzierung besteht aus den ersparten Steuern ihrer Gründer, steuerfreien Spenden und öffentlichen Fördermitteln, aka Steuergeldern. De facto bezahlen wir also die manipulative, demokratiezersetzende Arbeit der NGOs.

Tatsächlich fast stumm vor Staunen macht es den Fachmann, zu beobachten, wie harmonisch das große Orchester der NGOs mittlerweile zusammen spielt, ohne dass es dazu einer expliziten Anweisung bedürfte. Erst jüngst konnte man Zeuge dieser Methodik werden. Kaum stach ein krankhaft krimineller Migrant ein Kindergartenkind nieder, rollte die gut geölte NGO-Maschine an. Die Anti-Rechts-NGOs hatten im Handumdrehen Kundgebungen und Demonstrationen organisiert, Faktenchecker-NGOs kümmerten sich um die richtigen Narrative in den sozialen Medien, Meinungsforscher-NGOs legten Umfrageergebnisse vor, dass der Doppelpass über die rechte Flanke für Friedrich Merz angeblich zum Eigentümer geführt hätte, und das DIW sekundierte mit einer flugs erstellten „Studie“, dass nicht weniger, sondern noch mehr Migranten für „unsere Wirtschaft“ überlebenswichtig seien – und schwuppdiwupp war wieder Ruhe im Boot und das Thema vom Tisch.

NGOs existieren. Sie sind überall. Sie sind eine offenbar unabänderliche Begleiterscheinung jeder zeitgenössischen westlichen Demokratie und sie vermehren sich und ihren Einfluss immer hemmungsloser. Ich möchte sie mit Filzläusen vergleichen, die gleichfalls immer dann auftreten, wenn ihr Wirt es mit Hygiene und Partnerwahl nicht mehr so genau nimmt. Wenn die Demokratie nicht mehr gepflegt und der Filz aus den Regierungsorganen nicht regelmäßig heraus gekämmt wird, sowie der Verwahrlosung in Form

von um sich greifender struktureller Korruption und persönlicher Bereitschaft zur Vorteilsnahme nicht Einhalt geboten wird und „die Demokratie“ beziehungsweise ihre bestellten Vertreter sich bei jeder Gelegenheit prostituieren, dann holt man sich sowas. NGOs sind nicht die Ursache, sondern das Resultat eines schon lange andauernden Fäulnisprozesses in der demokratischen Kultur einer Gesellschaft. Sie keimen und sprießen ganz automatisch und selbstverständlich, sobald im politischen Ökosystem die richtigen Bedingungen entstehen.

Es dürfte sich nicht nur als unmöglich zu realisierende, sondern vor allem als reichlich naive Idee erweisen, NGOs von der politischen Bühne zu verbannen. NGOs existieren, weil sie von Politikern benötigt werden, Dinge auf der Realebene zu tun, für die sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden möchten. Und sie existieren, weil sie von Hyperreichen benötigt werden, Dinge auf der politischen Ebene zu tun, für die sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden möchten. Und NGOs sind in dem, was sie tun, so kostengünstig, erfolgreich und effizient, dass sie sich zum Standardwerkzeug der politischen und gesellschaftlichen Manipulation herauskristallisiert haben.

Dem informierten Leser ist all dies nicht wirklich neu. Wer sich ein wenig tiefer in die Materie einlesen will, dem steht, wie bereits gesagt, eine ganze Palette an weiter führender Literatur zur Verfügung. Das kann man machen, muss man aber nicht. Allein, es bleibt die Frage, was wir nun anstellen sollen, mit diesem Riesenfisch? Wie soll man den Einfluss von dubios finanzierten, demokratisch nicht legitimierten Organisationen auf die Realpolitik wirksam eindämmen? Ist dies überhaupt möglich?